

Die „Vorläufer“ erscheinen täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Wochentags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei ihrer Zahlung im Voraus...

Die Jahrgangswerte: Einzelhefte 40 Pf. ... Das Jahrgangswort 1,20 M. ... das weitere Wort 1,50 M. ...

STREIFLICH

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Unabhängigkeit Chinas

Annahme des chinesischen Programms

CC. Washington, 22. November.

Die zweite Kommission für die Fragen des fernen Ostens hat gestern folgende Entschlüsse angenommen: Die Vereinigten Staaten, England, Frankreich, Italien, Japan, Holland und Portugal erklären ihre Absicht:

1. Die Souveränität, die Unabhängigkeit, die territoriale und administrative Unversehrtheit Chinas zu achten;
2. China die uneingeschränkte Möglichkeit zu gewähren, sich in vollkommener Freiheit zu entwickeln und eine dauerhafte und wirksame Regierung zu befehlen;
3. sich ihres Einflusses zu bedienen, um auf Chinesischem Gebiet im Verkehr mit allen Nationen den Grundlag der Gleichheit für Handel und Industrie durchzuführen;
4. sich zu enthalten, aus der gegenwärtigen Lage in China Vorteile zu ziehen, ohne Sonderrechte oder Privilegien zu suchen, welche die Rechte der Untertanen oder Staatsbürger fremder Mächte beeinträchtigen könnten und sich ebenso zu enthalten, zu irgendwelchen Handlungen zu ermuntern, die eine Bedrohung der Sicherheit der genannten Länder bedeuten könnten.

Die Schlussreden in Washington

Englische und amerikanische Antwort an Briand

London, 22. November

Aber die gestrigen Schlussreden in Washington liegt hier folgender Bericht vor: Balfour sagte, Briands Rede sei eine vollkommen richtige Darstellung der Befürchtungen Frankreichs...

Freiheit Europas und der Welt im allgemeinen und Frankreichs insbesondere, müßten aufrechterhalten und gegen jede Beherrschung durch ihre östlichen Nachbarn geschützt werden.

Aber die Schlussansprache des Staatssekretärs Hughes wird noch gemeldet: Hughes erklärte, die Vereinigten Staaten erkennen vollumfänglich die Lage Frankreichs an. Das Herz der Amerikaner hätte eine unergänzliche Erinnerung an Frankreichs Opfer für die Freiheit...

Ein sozialistisches Urteil

Der Abg. Léon Blum schreibt im „Populaire“: Wer die Rede eine Enttäuschung für uns? Nein, gewiß nicht! Wir hoffen nichts anderes von einem Mann, der, als er gestern im Palais Bourbon in Paris sprach, nicht vergaß, was er kommende Woche im Reichstagsgebäude in Berlin sagen wird...

Briand über seine Rede

CC. Paris, 22. November.

Briand gab den Vertretern der französischen Presse in Paris folgende Erklärung ab: Die Aufnahme, die meine Rede gefunden hat, hat mich und meine Kollegen von der französischen Abordnung tief gerührt. Wir empfinden es alle, wie günstig die Atmosphäre der Konferenz für Frankreich ist...

Der Hunger und die Peitsche

Wer organisiert die Plünderungen?

Die bürgerliche Presse führt dunkle Reden über „kommunistische Aktionen“, von denen die sich häufenden Plünderungszellen einen Teil darstellen sollen. Der Polizeipräsident greift mit Verböten von Versammlungen unter freiem Himmel ein...

Dieses Kopfschütteln wundert uns nicht. Obwohl diejenigen, die solche Zeitungsartikel schreiben, selbst die Differenz zwischen ihrem Einkommen und den Preisen empfinden, so schreiben sie doch vorwiegend für satte und wirtschaftlich wohlgeborgene Elemente...

Sie dürfen nicht sagen, daß die endlos graue Not und der würgende Hunger Verzweifelte zu solchen Taten treibt. Sie dürfen nicht sagen, daß die unbeirrbar Ruhe, mit der die gesamte Öffentlichkeit, die Behörden und Regierungen mitfamt von der Bourgeoisie ausgeschaltener Presse, dem Elend, der wachsenden Teuerung und dem schamlosen Wucher zugehört hat...

Die Polizei mag sich aber bei der Bekämpfung des Wuchers noch etwas weiter umschauen. In zahlreichen großen Geschäften, besonders in denen der Bekleidungsbranche, arbeiten die Angestellten siederhaft daran, die alten Warenbestände mit höheren Auszeichnungen zu versehen. Ein ernsthaftes Bemühen der Polizei um die Unterdrückung dieser abgrundtiefen Gemeinheit könnte eine reiche Ernte einbringen.

Und einige andere Fragen möchten wir dem Polizeipräsidenten vorlegen. Glaubt er, man kann den Hunger und die Verzweiflung der Massen durch Versammlungsverbote beseitigen? Braucht er zur Beruhigung seines Gewissens die Lüge einer Verordnung ebenso, wie die fatten Leser der Bourgeoisie die Lüge der erwähnten „Erklärungen“ für die Plünderer brauchen? Er dürfte wohl wissen, daß die organisierte Arbeiterschaft den Plünderungen völlig ablehnend gegenübersteht...

Und wenn etwa Richter der Meinung sein sollte, er brauche die Verordnung, weil die Plünderungen planmäßig herbeigeführt werden, dann mag er die Urheber nicht auf den Arbeitsnachweisen suchen, wo die organisierten Arbeiter selber Ordnung zu halten wissen, sondern — viel näher...

Die Reaktionen haben jederzeit ein Interesse am Skandal. Sie benehnen jede Gelegenheit, ihn zu schüren, wenn Aussicht besteht, daß eine Hege gegen die Arbeiterschaft dabei herauskommen könnte. Darum rufen sie jetzt schon wieder nach dem Belagerungszustand. Die Reaktion aber hat ihren Sitz auch im Polizeipräsidium selbst. Es gibt immer noch eine politische Polizei, und sie hat ihrer würdigen Tradition noch nicht entsagt...

Daß wir die Plünderungen verurteilen, weil der Arbeiter damit nicht gedient ist, brauchen wir nicht zu betonen. Wir brauchen unseren Leserkreis auch nicht vor einer Beteiligung an den Plünderungen zu warnen. Obwohl auch sie zu den Darbenden gehören, wissen sie doch, wie sie ihre Forderungen zu verfechten haben. Aber das hindert uns nicht, den trübseligen Inhalt dieses häßlichen...

Gewerkschaftsvertreter

beim Reichskanzler

Berlin, 22. November.

Der Reichskanzler empfing heute Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgem. freien Angestelltenbundes, welche die durch die Presse bereits bekanntgewordenen Forderungen zur Behebung der Finanznot des Reiches überreichten. Die Vertreter der genannten Verbände erläuterten ihre Forderungen eingehend. Die Stellungnahme der Reichsregierung wird in einer zweiten Sitzung bekanntgegeben werden, die binnen kurzem stattfinden wird.

Die Strafanstalt Lichtenburg

Der durch Reichstagsbeschluß vom 19. November eingesezte Untersuchungsausschuh zur Prüfung der Zustände in den Strafanstalten stellt als Ergebnis seiner Untersuchungen in der Strafanstalt Lichtenburg fest:

Von keinem der Gefangenen sind Klagen über die Anstaltsverwaltung oder schlechte Behandlung durch das Anstaltspersonal oder über die Verpflegung und Unterbringung geäußert worden. Die danach Befragten erklärten, daß der Hungerstreik sich nur gegen das gefällte Urteil richte, dem sie die Erklärung „Freiheit oder Tod“ entgegensetzten, und gegen die Not, die ihre Familien lebten.

Wenn auch manche von den Nahrungsverweigerern blaß und geschwächt aussahen und einige Störungen der Magen- und Darmfunktionen sowie der Herzstätigkeit aufwiesen, so bestand doch nach der Ansicht des ärztlichen Mitgliedes des Untersuchungsausschusses eine ernsthafte Lebensgefahr für keinen.

Der abends vorher erfolgte Abtransport der nach Torgau verlegten 31 Gefangenen sowie die Dislozierung der übrigen in das Lazarett und in Aufenthaltsräume für zwei oder drei Gefangene in Lichtenburg hat sich nach Angabe der Anstaltsbeamten ohne jede Gewaltanwendung und mit größter Schonung vollzogen. Entgegengesetzte Angaben der Gefangenen wurden nicht vorgebracht. Am Tage des Befehles hatte bereits ein erheblicher Teil den Hungerstreik aufgegeben.

Probauf (Dem.), Bruhn (Dnat. Vp.), Dr. Großjahn (Soz.), Dr. Herzfeld (Komm.), Merk (Wart. Volksp.), v. Rehbinder (Z.), Kippller (D. Vp.), Dr. Rosenfeld (Unabh.).

Abflauen des Hungerstreiks

Der Lichtenburger Hungerstreik befindet sich nach den neuesten Nachrichten weiter im Abflauen. In Torgau streiken noch 13,

in Lichtenburg 11, in Wittenberg, wo unabhängig von Lichtenburg 90 Gefangene ebenfalls in den Hungerstreik getreten waren, nur noch 6 Gefangene.

Protest der Jugend

Die Sozialistische Proletariatsjugend und die kommunistische Jugend — die Arbeiterjugend hatte leider abgelehnt — entsandten gestern eine Delegation, bestehend aus den Genossen Würz, Köhler und Mendelsohn zum Reichsjustizminister Radbruch, um ihm ein gemeinsames unterzeichnetes Schreiben zu überreichen, in dem die Freiklassung aller wegen politischer Vergehen verurteilten Gefangenen, insbesondere der jugendlichen Gefangenen, und die Niederschlagung aller wegen dieser Verleste noch schwebenden Strafverfahren gefordert wurde. Die Sprecher der Organisationen wiesen besonders auf die gesundheitlichen und sittlichen Gefahren hin, denen die Jugendlichen ausgekehrt sind, die man ins Gefängnis und Zuchthaus gesteckt hat, weil sie in irgendeiner direkten oder indirekten Beziehung zu dem Zustand in Mitteleuropa gestanden haben.

Radbruch versicherte, daß er mit den Genossen vollkommen übereinstimme. Er erklärte, daß förmliche Urteile noch einmal überprüft würden. Dabei würde besondere Rücksicht genommen auf die jugendlichen Gefangenen, die bestimmt alle amnestiert würden. Hoffentlich folgen den Worten Radbruchs bald Taten.

Die „Kote Fahne“ berichtet, daß am gestrigen Vormittag verschiedene Deputationen Berliner Großbetriebe mit dem Reichsjustizminister Radbruch verhandelten. Der Minister habe auf seinem im Reichstag kundgegebenen Standpunkt beharrt und erklärt, daß er für eine Amnestie nicht eintreten könne. Er könne aber versprechen, daß die Mitläufer der Bewegung unbedingte begnadigt würden und daß weiterhin die Strafen der tatsächlichen politischen Verbrechen nachgeprüft werden.

Weiter meldet die „Kote Fahne“, daß in der Strafanstalt Tegel über hundert politische Gefangene, größtenteils aus Mitteldeutschland, Dienstag morgen geschloffen in den Hungerstreik getreten sind. Eine Berliner Lokal-Korrespondenz berichtet dazu, daß vor drei Tagen nur von einem Gefangenen die Nahrungsaufnahme verweigert worden sei und daß am Dienstag morgen dann noch fünf Personen — von den 1400 Insassen der Strafanstalt — in eine Protestaktion traten.

Vakanzverweigerung für einen französischen Passiften. Der bekannte Passiften Goussenoire de Toury, der am nächsten Montag in Berlin eine Rede über die Annäherung der Wöller halten wollte, erhält von der französischen Regierung keinen Passiften. Goussenoire de Toury hat in der letzten Zeit Polincaire des Älteren angeklagt, er sei ebenfalls mitschuldig am Ausbruch des Krieges.

